

PVS: Kritik am Vorgehen der Regierung

Aktuelle Stunde Zahlreiche Abgeordnete kritisierten die Regierung gestern dafür, dass sie öffentlichen Unternehmen den Austritt aus der PVS kurzerhand untersagt hat.

VON MARTIN HASLER

Bei der fünften Ausgabe der Aktuellen Stunde war es wieder an der FBP-Fraktion, das Diskussionsthema zu bestimmen. Im Mittelpunkt standen nicht die Austritte der Gemeinden aus der staatlichen Pensionsversicherung (PVS), gegen welche das Land nichts unternehmen kann, sondern von staatsnahen Unternehmen wie der AHV: Deren Ausscheiden aus der PVS hat die Regierung durch eine Änderung der Eignerstrategie unterbunden. Eine Vorgehensweise, die zahlreiche Abgeordnete kritisch hinterfragten.

Freiwilligkeit im Gesetz vorgesehen

«Es entspricht dem Willen des Gesetzgebers, dass Anschlüsse wie die AHV aus der PVS ausscheiden können», untermauerte Elfried Hasler (FBP) in seinem Einführungsvotum mit Verweis auf das vor einem Monat verabschiedete PVS-Gesetz. Falls durch einen Austritt öffentlicher Unternehmen weder den Steuerzahlern noch der PVS ein Nachteil entstehe, sei dagegen nichts einzuwenden, stellte er fest. Eine Voraussetzung, die gemäss Judith Oehri (VU) gegeben ist: Sie sei beim Entscheidungsprozess in Ruggell - eine von fünf Gemeinden, die aus der PVS ausgetreten ist - involviert gewesen. Ihre Erfahrung zeige, dass der Anschluss an eine andere Kasse den Steuerzahler «massiv günstiger» komme. Ausserdem habe der Austritt die Zustimmung der involvierten Staatsangestellten erhalten - von mangelnder

Solidarität mit den Versicherten könne also keine Rede sein.

«Inkonsequentes Vorgehen»

Unterstützung erhielt Elfried Hasler sowohl vonseiten der Freien Liste als auch von der VU. So vertrat der FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer die Position, die Wahl der Pensionskasse sei eine operative Frage und liege deshalb nicht in der Ent-

«Jede Alternativlösung muss günstiger sein als die PVS-Lösung.»

ELFRIED HASLER
FBP-ABGEORDNETER

scheidungskompetenz der Regierung. Gemäss Gesetz sei die PVS-Mitgliedschaft nur für FMA und Universität Pflicht, stützte Landtags-Vizepräsidentin Violanda Lanter-Koller diese Argumentation. «Es entspricht dem Willen von Landtag und Regierung, dass Anschlüsse der PVS freiwillig angehören», sagte sie: «Das Vorgehen der Regierung ist inkonsequent.» Das von der Regierung genutzte Gesetz zur Steuerung öffentlicher Unternehmen (ÖUSG) sei ohnehin nur ein «Windfahngesetz», legte DU-Fraktionssprecher Harry Quaderer nach.

Regierungschef Adrian Hasler räumte ein, dass formale Kritik am Vorgehen eine gewisse Berechtigung habe. Er und seine Kollegen seien jedoch davon ausgegangen, dass die öffentlichen Unternehmen in der PVS verbleiben; nach der Kündigung der AHV sei ein «rasches Vorgehen» nötig gewesen. Er wies ausserdem darauf hin, dass ein Ausscheiden sehr wohl zu einer Ungleichbehandlung der in der PVS verbleibenden Versicherten zur Folge habe. «Im Sinne einer übergeordneten Sichtweise war das Vorgehen adäquat», verteidigte er die gewählte Vorgehensweise.